

# SPD-Bürgermeisterkandidatin will Ganztagsgebühren senken

Henrike Diestelhorst will einen „familienfreundlichen Wirtschaftsstandort“.  
Bildungspolitikerin Dilek Engin fordert bundeseinheitliche Standards bei Schulen.

Ulf Hanke

**Bad Oeynhausen.** Steuert das Land NRW in die Bildungskatastrophe? Der SPD-Landtagsabgeordnete Christian Obrok sieht Anlass zur Sorge. NRW sei „seit Jahren Schlusslicht bei der Schulfinanzierung“. Es fehle an „wirksamen Investitionen“ in die Schulinfrastruktur. Städte und Gemeinden ächzten unter den gewaltigen Aufgaben: Rechtsanspruch für den Ganzttag, Digitalisierung und Gebäudemanagement. Obrok hat zum bildungspolitischen Gespräch in die Gaststätte Reinkensmeier nach Wulferdingsen eingeladen. Lehrer, Erzieher, Eltern und Träger beteiligten sich an einer regen Diskussion.

Die Kosten für Bildung steigen. Schon jetzt ist ein weiterer teurer Tarifabschluss im öffentlichen Dienst absehbar. Obrok: „Tarifsteigerungen sind etwas Gutes, das wird aber auch Löcher ins Kontor reißen.“ Philipp Poggemöller, Referent für Ganztagschulen beim AWO-Bezirksverband, stimmt zu: „Das wird uns mit voller Härte treffen.“ Viele Träger, auch die AWO, kämpften noch mit den Folgen der letzten Gehaltsanpassungen.

Bezahlt werden muss das von den Kommunen. Bad Oeynhausens SPD-Bürgermeisterkandidatin Henrike Diestelhorst lässt sich von den Kostensteigerungen nicht irritieren. Im Gegenteil: „Ich will einen familienfreundlichen Wirtschaftsstandort“, sagt sie und kündigt an, die Gebühren für den Offenen Ganzttag (OGS) um 40 Prozent senken zu wollen. Für Eltern bedeute das eine deutliche Entlastung und im städtischen Haushalt



Dilek Engin (r.) ist bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, daneben Ulrike Credo.

Foto: Ulf Hanke



Sprechen über Chancengleichheit im Bildungssystem: Christian Obrok (v.l.), Philipp Poggemöller, Henrike Diestelhorst, Ulrike Credo und Dilek Engin.

Foto: Ulf Hanke

Mehrkosten von etwa 340.000 Euro. „Das ist mir wichtiger als andere Dinge – dann muss man das eben anderswo einsparen.“

Dilek Engin, bildungspoli-

tische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion aus Wuppertal, ist zur Diskussion extra nach Wulferdingsen gekommen. Diestelhorsts Forderung unterstützt sie. Landesweit gel-

te es, Chancengleichheit herzustellen – auch bei den Gebühren. Da klafften landesweit riesige Unterschiede. Darauf angesprochen, ob Bildung Ländersache bleiben sollte, macht Engin klar: „Wir müssen hin zu einem länderübergreifenden Kooperationsgebot.“ Es könne doch nicht sein, dass ein NRW-Abi nicht so viel zähle wie das Abitur in einem anderen Bundesland.

Ulrike Credo, Leiterin der Realschule Nord, berichtet von den Alltagsorgen der Schule. „Haben wir Corona überwunden?“, will Obrok wissen. Und Credo nennt einen „hohen Anteil auffälliger Kinder“. Die Co-

ronakrise habe zwar zu einem „Schub bei der Digitalität“ geführt. Doch nach fünf Jahren sei „das beste Lehrer-Ipad durch“ – und Geld für Ersatz nicht in Sicht. Schüler diskutierten längst über den digitalen Raum, Lehrer könnten mit schulischen Mitteln da nicht mithalten. Credo: „Wann kommt der Digitalpakt II?“

Dilek Engin, selbst ausgebildete Lehrerin, fragt sich das auch. Sie kennt aber sogar Schulen in NRW, in denen neue Ipad's im Keller verstauen, weil das Personal fehlt, um die Geräte einzurichten. Viele Lehrer würden stattdessen Privatgeräte benutzen. Die Digi-

talisierung ist in der Ganztagschule kein vordringliches Problem, macht Philipp Poggemöller deutlich. „Wir brauchen endlich einheitliche Standards in den OGSen“, sagt er. Viel zu oft gelte: „Eine gute OGS ist ein stückweit Glückssache.“ Engin stellt die SPD-Forderung zu einem Recht auf qualitativ hochwertige Ganztagschule dagegen.

Qualität hängt aber vor allem am Personal. Auf die Frage aus dem Publikum, ob denn alle Lehrerstellen an der Realschule Nord besetzt seien, antwortet Schulleiterin Ulrike Credo: „Planstellen sind gut nachzubeseetzen.“ Ein Problem sei aber der Umgang mit den „Flexmitteln“, das ist Fachjargon fürs Geld, das für Aushilfen beantragt werden kann, wenn Lehrer ausfallen. Die Bearbeitungszeit sei enorm lang, so Credo. „Da ist ein Schulhalbjahr um, da müssen sich Eltern nicht über Vertretungsstunden wundern.“

## Zahlreiche Lehrerausfälle in NRW abseits der Statistik

Hauptursache für die lange Bearbeitungszeit sei die Wartezeit auf ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, die derzeit vier bis 13 Wochen betrage, so Credo. Das Zeugnis ist aber Pflicht für Bewerber. Und soll es auch bleiben, schließlich geht's beim Lehrerberuf vor allem um die Schüler. Dilek Engin wiederum berichtet von Anfrage an Schulministerin Dorothee Feller (CDU), die lange Wartezeiten auf Aushilfen „Einzelfälle“ genannt habe. Das ist offenbar nicht die ganze Wahr-

heit.

Zahlreiche Lehrerausfälle tauchten nämlich gar nicht der Statistik auf, weiß Engin und kritisiert „Tricksereien des Bildungsministeriums“. Unterrichtsausfälle wegen Lehrermangels habe in NRW viele Namen: eigenverantwortliches Arbeiten in der Oberstufe, Mehrklassenaufsicht oder fachfremder Unterricht. Engin: „In NRW fehlen bis zu 12.000 Lehrer, wenn wir ehrlich sind.“ Abordnungen, also Versetzungen, von verbeamteten Lehrern an Schulen mit Lehrerberuf seien aber auch keine Lösung. Allein 2024 hätten 800 Lehrkräfte den Dienst verlassen, darunter 600 Beamte.

Christian Obrok forderte angesichts der vielbeschriebenen Misere auch Lösungsansätze von seinen Diskutanten. Und die schlugen folgerichtig eine Steigerung der Attraktivität der jeweiligen Berufsbilder vom Erzieher bis zur Lehrerin vor. Philipp Poggemöller: „Geld spielt nicht wirklich eine Rolle – viele arbeiten aus Leidenschaft.“ Allerdings brauche es verbindliche Standards, damit Erzieher auch ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden. Auch Ulrike Credo sagt: „Wir machen unseren Job mit einer großen Leidenschaft. Aber wir wünschen uns auch Anerkennung von den Eltern.“

Konkret fordern die Diskutanten einen anderen Betreuungsschlüssel, kleinere Gruppen und Klassen von der Kita bis zur weiterführenden Schule. Ein Anfang wäre schon, so Dilek Engin am Ende einer langen Liste von Forderungen, „ein kostenloses Mittagessen“ für alle Schüler.